

17. Wahlperiode

Nicht behandelte Mündliche Anfrage Nr. 20

des Abgeordneten **Dr. Robbin Juhnke (CDU)**

aus der 35. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. September 2013 und **Antwort**

Rechtsextreme Bürgerwehr in Hellersdorf?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat über den Aufruf der NPD zur Bildung einer „Antigewalt-Bürgerwehr“ in Marzahn-Hellersdorf?

Zu 1.: Am 4. September 2013 wurde auf der Internetpräsenz des Berliner Landesverbandes der NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) folgender Eintrag festgestellt:

„Hellersdorf wehrt sich! – Antigewalt-Bürgerwehr Marzahn-Hellersdorf bilden!

(...) Deswegen: Antigewalt-Bürgerwehr Marzahn-Hellersdorf bilden!

Um die LINKEN Straftäter unter antikriminellen Druck zu setzen, ist die Bildung einer Antigewalt-Bürgerwehr notwendig. Weil der Staatsapparat offenkundig seine rechtsstaatliche Pflicht nicht erfüllen darf und die Gewalttäter dem Rechtsstaat entzogen werden, kann nur durch aktives Bürgerhandeln Schutz vor LINKER Gewalt erreicht werden.

Freiwillige: Männer und Frauen, melden sich bei Sebastian Schmidtke, Funknummer: 0176/32121848, epost: schmidtke@npd-berlin.de oder über "Facebook"

Die rechtliche Würdigung durch die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin ergab, dass der Eintrag nicht strafbar ist.

Die Polizei fertigte umgehend eine Gefährdungsbeurteilung in deren Ergebnis straflose Provokationshandlungen gegenüber den im Aufruf genannten Personenkreis bis hin zu Straftaten, wie z. B. Beleidigungen, Volksverhetzungen und Körperverletzungen denkbar sind.

Darüber hinaus haben Mitarbeiter der Polizei mit Herrn Schmidtke ein Normen verdeutlichendes Gespräch geführt.

2. Plant der Senat diesbezüglich Maßnahmen – wenn ja, welche – zu ergreifen?

Zu 2.: Am 6. September 2013 wurde durch den Justiziar der Berliner Polizei eine polizeirechtliche Lösungs- und Unterlassungsverfügung gegen die NPD und Herrn Schmidtke gefertigt und zugestellt, wogegen die Partei Widerspruch einlegte.

Nach Androhung eines Zwangsgeldes und Zustellung des Bescheides am 09.09.2013 wurden besagte Einträge sowohl von den Seiten der NPD als auch von denen des Herrn Schmidtke entfernt.

Berlin, den 18. Oktober 2013

Frank Henkel
Senator für Inneres und Sport

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. Nov. 2013)